



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
SPD Petersburger Platz

KREIS  
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG  
ABTEILUNG 12 - Petersburger Platz  
Vorsitzende: Claudia Blume

Wilhelmstraße 140  
10963 Berlin

Resolution der Abteilung 12 - Petersburger Platz – SPD Friedrichshain/Kreuzberg  
Beschluss vom 9. Februar 2016

### **Absetzung der Reform des Abstimmungsgesetzes von der Tagesordnung des Abgeordneten- hauses!**

Wir, Berliner SPD-Mitglieder, fordern die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, die Reform des Abstimmungsgesetzes, welches die Bedingungen der direkten Demokratie regelt, von der Tagesordnung des Parlamentes zu nehmen. Die geplanten Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes würden zu massiven Einschränkungen und Behinderungen bei der Durchführung von Volksbegehren führen und würden das zivilgesellschaftliche Instrument der direkten Demokratie aushöhlen.

Das ursprüngliche Gesetz wurde einst mit der SPD Berlin auf den Weg gebracht, um in Berlin mehr direkte Demokratie zu ermöglichen. Bisher haben von den 37 durchgeführten Volksbegehren, bzw. Volksinitiativen lediglich zwei Volksbegehren die hohen Hürden der Zulassung und des Erfolgs genommen. Wer jetzt ein Gesetz für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtern will, muss begründen, was an diesem Gesetz falsch ist und welche negativen Auswirkungen es hat. Anhand der zwei durchgeführten Volksbegehren ist das jedoch nicht möglich.

Wir können lediglich erkennen, dass die von der Bevölkerung zu erreichenden Quoren sehr hoch sind. Werden sie dennoch erfolgreich genommen, gibt es eine Abstimmung an der Urne. Missbrauch ist ausgeschlossen. Ein vom Volk erlassenes Gesetz ist daher aus guten Gründen gleichwertig gegenüber einem Gesetz, welches das Parlament beschließt.

Initiativen, die sich ehrenamtlich im politischen und gesellschaftlichen Bereich engagieren, kritisieren den Umgang des Senats mit Volks- und Bürgerbegehren. Siebzig Berliner Initiativen wenden sich öffentlich gegen den Abbau der direkten Demokratie. Sie haben sich zur Initiative „Volksentscheid retten“ zusammengeschlossen, um gegen die geplanten Einschränkungen der direkten Demokratie in Berlin aktiv zu werden.

Ihre Argumente, dass die vom Senat geplanten Änderungen am Volksabstimmungsgesetz das Ungleichgewicht zwischen Bevölkerung und Regierung weiter verstärken und die direkte Demokratie unnötig erschweren würden, sind nicht von der Hand zu weisen. So soll laut der Senatsvorlage, der Senat künftig Steuergelder zur Werbung für die eigene Position und die Position des Abgeordnetenhauses zu Volksbegehren einsetzen können. Die Initiativen der direkten Demokratie finanzieren ihr Engagement aus Eigenmitteln. Es würden somit ungleiche Ausgangsbedingungen zu Lasten der engagierten Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Außerdem soll die Unterschriftenprüfung verschärft werden, so dass den Volksbegehren unnötig Steine in den Weg gelegt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten empfinden direkte Demokratie nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung. Wir haben als Demokraten zusammen mit den Initiativen der Stadt in mühevoller Arbeit über Jahre Unterschriften für das Volksbegehren "Unser Wasser" und den dann erfolgreichen Volksentscheid gesammelt. Damit konnte letztlich eine Umkehr der Privatisierungspolitik in Berlin erreicht werden.

Liste der Bündnispartner: <http://www.volksentscheidretten.de/unterzeichnende.html>  
Gemeinsamer Aufruf der Berliner Initiativen: <http://www.volksentscheidretten.de/>